



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Martin Huber, Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow, Alexander König, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU**

Kein gemeinsamer Euro-Haushalt mit einem europäischen Finanzminister!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Plänen für einen gemeinsamen Haushalt für das Euro-Währungsgebiet mit einem europäischen Finanzminister auf Bundes- und Europaebene entschieden entgegenzutreten.

Begründung:

Ein europäischer Finanzminister und ein gemeinsamer Euro-Haushalt haben keinen Mehrwert und laufen den bayerischen Interessen zuwider.

Es gibt bereits genügend Instrumente, um finanzschwache Regionen zu unterstützen. Die Europäische Union stellt in der Regional- und Kohäsionspolitik in der aktuellen Förderphase bis 2020 fast 352 Mrd. Euro zur Verfügung. Diese Summe teilt sich auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (nahezu 277 Mrd. Euro) und den Kohäsionsfonds (rund 75,5 Mrd. Euro), inklusive die nationalen Beiträge. Daneben stellt der Europäische Sozialfonds rund 120 Mrd. Euro zur Verfügung. Außerdem werden in der Europäischen Jugendinitiative rund 7,5 Mrd. Euro investiert, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Über 26 Mrd. Euro werden dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) (sog. Juncker-Fonds) als Garantien zur Verfügung gestellt. Mit dem zusätzlichen Beitrag der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Höhe von 7,5 Mrd. Euro werden damit Investitionen von insgesamt bis zu 500 Mrd. Euro generiert.

Ein europäischer Finanzminister und ein gemeinsamer Haushalt für das Euro-Währungsgebiet hätten eine fatale Signalwirkung. Beides hätte zur Folge, dass die Umverteilung von wirtschaftsstarken zu wirtschaftsschwachen Ländern automatisch erfolgen würde. Für wirtschaftsschwache Länder gäbe es keine Motivation mehr, sich anzustrengen. Gleichzeitig würden wirtschaftsstarke Länder nicht für ihren Fleiß belohnt.

Bereits jetzt stehen zwölf Netto-Zahler in der Europäischen Union 16 Netto-Empfängern gegenüber. Allein daraus ergibt sich die große Solidarität der stärkeren mit den schwächeren Ländern der Europäischen Union, die auch nicht in Frage gestellt wird. Ein gemeinsamer Euro-Haushalt würde diese Umverteilung aber verfestigen und noch ausweiten. Gleichzeitig hätten die einzelnen Länder einen noch geringeren Einfluss auf das Budget. Die Entscheidungskompetenz der Parlamente würde durch einen Euro-Haushalt enorm eingeschränkt. Das Budgetrecht der Parlamente ist ein grundlegendes Recht in souveränen Demokratien.